

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Bildungsausschusses am 18.01.2011

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 20:45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Frau Birgit Leibrich	DIE LINKE.	Vertreterin für Frau Dr. Petra Sitte
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	Vertreter für Herrn Hendrik Lange
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER	Vertreter für Herrn Dietrich Strech
	für Halle	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS	
	90/DIE GRÜNEN	
Herr Jürgen Zschocke	Verw	
Herr Torsten Bau	SKE	
Frau Heike Deuerling-Kalsow	SKE	
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE	
Herr Bertolt Marquardt	SKE	
Frau Petra Meißner	SKE	
Herr Andreas Riemann	SKE	
Herr Thomas Senger	SKE	
Frau Dr. Regine Stark	SKE	
Frau Cathleen Stahs	SKE	

Es fehlen:

Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	Vertreter Herr Olaf Sieber
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	Vertreterin Frau Birgit Leibrich
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER	Vertreter Herr Manfred Sommer
	für Halle	
Herr Michael Rautzenberg	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2011/12
Vorlage: V/2010/09214
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Sachkundigen Einwohners im Bildungsausschuss, Thomas Senger, zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung
Vorlage: V/2010/09267
- 5.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Weiterführung des "Lokalen Aktionsplanes Halle - Hallianz für Vielfalt"
Vorlage: V/2010/09091
- 5.2.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Weiterführung des "Lokalen Aktionsplans Halle- Hallianz für Vielfalt"
Vorlage: V/2010/09303
- 5.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage einer überarbeiteten Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung in der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2011/12
Vorlage: V/2010/09361
- 5.3.1 Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage einer überarbeiteten Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung in der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2011/12 (Vorlage-Nr.: V/2010/09361
Vorlage: V/2011/09460
- 5.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene"
Vorlage: V/2010/09362
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Umsetzung Konjunkturpaket II
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Schachtschneider wünscht allen Anwesenden ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr. Er stellt Frau Stahs als neue sachkundige Einwohnerin vor, sie übernimmt die Stelle von Herrn Nowotny.

Herr Schachtschneider beantragt Rederecht für den Elternvertreter der Förderschule am Jägerplatz, Herrn Hensel.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig zugestimmt

Herr Schachtschneider eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr, stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Änderungen der Tagesordnung:

Herr Trömel möchte TOP 5.2 zurückziehen, TOP 5.2.1. ist somit auch zurückgezogen

Herr Paulsen möchte TOP 5.3 zusammen mit 4.1 behandeln.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig zugestimmt

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift der Sitzung am 14.12.2011 ist erst am 01.02.2011 auf der Tagesordnung.

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2011/12** **Vorlage: V/2010/09214**

Herr Schachtschneider begrüßt zu diesem TOP Herrn Riethmüller, Abteilungsleiter Schule und Kultur des Landesverwaltungsamtes.

Herr Kogge schlägt vor, 2-3 grundsätzliche Sachen zu erklären,

- die Verteilung der Förderschülern LB in der Stadt Halle,
- wo wohnen diese,
- danach wird es eine Fragerunde geben.

In Halle gibt es verschiedene Formen der Schulen und deren Zuordnung,

- GS mit Einzugsbereich,
- Sekundarschulen mit Einzugsbereich,
- private Schulen (Grund- und Sekundarschulen) haben natürlich keine Einzugsbereiche,

Bei Gymnasien gab es die Frage nach Einzugsbereichen, diese wurden jedoch nicht beschlossen.

Die Zuordnung von Schülerinnen/Schülern an Förderschulen erfolgt nach Förderprofil, es gibt keine Einzugsbereiche. Die vorhandene Anzahl an Förderschulplätzen ist größer, als die Anzahl der einzuweisenden Kinder.

Herr Kogge übergibt das Wort an **Herrn Riethmüller**

- Die Förderschullandschaft ist überdimensioniert, wie im vergangen Jahr dargelegt wurde.
- Es erging ein Auftrag an die Stadtverwaltung, diese Förderschullandschaft zu straffen.
- In Stadt Halle wird seit Monaten die Diskussion zur Schließung der Förderschule am Jägerplatz geführt. Fakt ist, es gibt eine BV zur Schließung der Schule zum Schuljahr 2011/12 die den Mitwirkungsgrerien zur Stellungnahme übergeben wurde und die Ihnen vorliegt.

Herr Hensel ist selbst Vater eines lernbehinderten Kindes und konnte keine wesentlichen Konzeptionsunterschiede bei den Förderschulen feststellen.

14 Schülerinnen/Schüler wurden in diesem Schuljahr in die 1. Jahrgangsstufe aller Förderschulen zugewiesen. Da es manchmal keine 1. Klassen gibt, ist das nicht relevant, es muss die Gesamtschülerzahl betrachtet werden

Es interessiert ihn, wie ist die Entfernung berechnet wurden? Es gibt jedoch Grenzfälle, es sind die, wo der Unterschied zwischen 2 Schulen weniger wie 500 m beträgt. 10 Schüler sind zu Ungunsten der Jägerplatzschule, 4 Schüler sind zu Gunsten der Jägerplatzschule zugewiesen wurden. Die Wohnortnähe ist wichtig, um der Stadt Schülerbeförderungskosten zu ersparen. Die Comeniusschule hätte ohne die Jägerplatz-Zuweisungen die geringste Zuweisung bekommen, die Jägerplatzschule hätte bei Wohnortnähe, die zweithöchste Zuweisungsrate. Herr Hensel appelliert, dass die Schließung der Jägerplatzschule eine schlechte Entscheidung wäre.

Herr Riethmüller, die Wohndaten der Schüler können sich verändern, diese sind nicht konstant. Ebenso es gibt Elternwünsche und pädagogische Aspekte – das alles spielt bei der Einweisung eine Rolle.

Herr Paulsen: Es ist ein Skandal, wie die Stadträten „häppchenweise gefüttert“ werden. Es wird eine Grundlage zur Entscheidung der SEPI benötigt, die Stadträte haben aber nicht die Informationen, die diese zur Entscheidung brauchen.

Die Verwaltung arbeitet nicht im übertragenen Wirkungskreis, die SEPI entscheidet der Stadtrat – die Stadt möchte nur Sparen, es geht nicht um die Erhaltung der Schule. Welche Profile waren für die Nichtzuweisung maßgebend? Es ist bestreitbar, dass die Förderschullandschaft überdimensioniert ist, denn das wurde künstlich herbeigeführt. Welche Position hat der Stadtelternrat, Stadtschülerrat zu dieser Frage? Die Stadträte werden an der Nase herumgeführt. Er appelliert, dem Beschluss nicht zuzustimmen, wir brauchen eine umfassende SEPI.

Herr Schachtschneider erinnert, dass das Beteiligungsverfahren hier im Ausschuss stattgefunden hat.

Herr Riethmüller: Der § 22 SchG LSA überträgt die SEPI an die Schulträger. Der Förderschwerpunkt weist das Profil der jeweiligen Schule aus. Die Schulbehörde genehmigt die SEPI.

Herr Senger findet auch die Argumente auch schwammig, und diese sind nur dazu da, dass die Schule geschlossen wird. Er fragt nach der angeblichen Diskussion von Einzugsbereichen von Förderschulen. Die Förderschüler haben möglichst im Einzugsbereich zu bleiben. Wenn diese Schüler jetzt weiter weg sind, müssen Schülerbeförderungskosten bezahlt werden. Der Stadtelternrat ist nicht für die Schließung der Schule, stellt die Pestalozzischule und deren Sanierung als überdimensioniert hin.

Herr Trömel spricht Herrn Hensel seine Anerkennung für die Zusammenstellung des Zahlenmaterials aus. Er argumentiert, dass die Bestandsfähigkeit hätte gesichert werden können. Das Kosteneinsparungsargument aus einer der vorigen Versionen ist nicht nachvollziehbar. Der Elternwille ist, dass diese Schule erhalten bleibt. Eine Fusionierung von 2 Förderschulen mit der Angleichung der Profile ist nicht erfolgt, kann der Vorlage so nicht zustimmen.

Herr Paulsen im übertragenen Wirkungskreis darf der Stadtrat keine Entscheidung treffen, siehe im Bereich Verkehr, also handelt es sich bei der SEPI nicht um den übertragenen Wirkungskreis. Das Argument sinkende Schülerzahlen ist nicht korrekt, Sie können nicht darlegen, dass diese sinken. Ein Überdenken dieser kann erst erfolgen, wenn es über das Land die integrative Beschulung gibt.

Herr Marquardt *„Herr Marquardt kann dieser Vorlage nicht zustimmen, da aus seiner Sicht der Elternvertreter der Jägerplatzschule gut nachvollziehbar dargelegt hat, dass die Unterschreitung der Mindestzahl an Schülern durch das Landesverwaltungsamt zu verantworten ist. Bei ordnungsgemäßer Zuweisung wäre die Auslastung gewährleistet. Hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der Förderschullandschaft der Stadt Halle weist er darauf hin, dass er Herrn Riethmüller in der Dezember-Sitzung gefragt hatte, wie viele Lehrerstellen das Land den Schulen der Stadt Halle für den Integrativen Unterricht zugewiesen hat. Diese Frage wurde trotz Nachhakens von Herrn Lange nicht beantwortet. Vermutlich deshalb, weil es bisher keine einzige zusätzliche Stelle gibt. Hinzu kommt, dass die entsprechende Fortbildung der Lehrer der allgemeinbildenden Schulen gerade erst begonnen hat. Die MLU wird entsprechend der gerade abgeschlossenen Zielvereinbarung zur Lehrerbildung frühestens ab dem nächsten Studienjahr der Erwerb von Kompetenzen in Förder- und Integrationspädagogik für alle Lehramtsstudierenden verbindlich einführen. Von daher stehen die personellen Ressourcen gar nicht zur Verfügung, um den integrativen Unterricht mit der entsprechenden Qualität kurzfristig einführen zu können.“*

Herr Riethmüller erklärt, dass das Land begonnen hat, Lehrer aus den Förderschulen an die Grundschulen im Rahmen des gemeinsamen Unterrichts abzuordnen.

Frau Dr. Bergner findet das Engagement der Elternschaft sehr gut und bedauert die widersprüchlichen Aussagen der Verwaltung und die Intransparenz des gesamten Vorganges. Frühere Fusionen wurden von den Stadträten begleitet und eine Schließung oder Fusion hat sich im Vorfeld abgezeichnet und kam nicht überraschend.

Frau Raab: Es ist nicht der Wille der Stadt Halle mit den Stadträten, diese Schule zu schließen, sondern es ist der Wille der Stadtverwaltung. Sie hegt die Vermutung, dass diese Empfehlung des LVWA bereits länger bekannt ist. Es wäre richtig und seriös gewesen, wenn diese Entscheidung über die gesamte Förderschullandschaft gefällt werden müsste. Das Vertrauen in die Aussagen der Stadtverwaltung ist nicht gestiegen, die FDP kann dieser Vorlage nicht zustimmen und würde gern im Ganzen über die Förderschullandschaft entscheiden.

Herr Schachtschneider: Wir müssen als Ausschuss der Verwaltung nicht folgen. Wir machen unsere „Hausaufgaben immer besser“ und stellen entsprechend immer mehr Fragen, wir entscheiden heute, ob wir der Verwaltung folgen. Vielleicht ist es nur eine Verkettung von ungünstigen Umständen. Es gibt bereits jetzt Bundesländer, wo man über Förderschüler nicht mehr redet, wir müssen das Ganze relativieren.

Herr Kogge bestätigt, es sind Schulen saniert wurden, wo nicht genau hingesehen wurde. Es wurden Fragen des Brandschutzes aufgeworfen. Dadurch haben wir angefangen, die Förderschullandschaft genau zu betrachten und haben eine große Differenz zwischen den Plätzen und den Schülern festgestellt. Die gesamte Förderschullandschaft sollte jedoch erst später grundsätzlich beraten werden, nämlich in der nächsten mittelfristigen SEPI. Voraussetzung für die Sanierung einer Schule ist eine 25-jährige Bestandsfähigkeit. Er fragt die Stadträte nach dem Problem. Ist es die Schule Jägerplatz, die gesamte Förderschullandschaft oder der gesamte Prozess?

Mit der Folge des Beschlusses müssen wir dann auch gemeinsam leben, das bittet Herr Kogge bei der Entscheidung zu beachten. Wir haben für die Kinder zu sorgen und hoffen, für die unterschiedlichen Standorte über das Landesverwaltungsamt genügend Lehrer zu bekommen.

Frau Dr. Stark gefällt der Gesamtprozess nicht, dieser ist zu undurchsichtig. Die Förderschullandschaft müsste insgesamt angefasst werden. Sie fragt nach einer besseren Auslastung der Pestalozzischule.

Herr Senger findet die Fragestellung von Herrn Kogge nicht richtig. Er ist der Meinung, diese Schule hat Bestand, der Stadtelternrat ist dieser Meinung. Bei der nächsten SEPI muss betrachtet werden, ob das Land die Voraussetzungen für die integrative Beschulung geschaffen hat. Erst dann kann darüber entschieden werden, ob es zu viele Förderschulen gibt. Wir können da nicht vorgehen. Sollten wir wirklich hohe Überkapazitäten haben, dann sollten die Schulen geschlossen werden, die nicht die nötigen Schülerzahlen haben. Er ist der Meinung, dass diese Diskussion sinnlos ist.

Herr Riethmüller erklärt, dass die Eltern das Recht haben, die Form der Beschulung (Gemeinsamer Unterricht oder Förderschule) zu wählen. Die Eltern sind der Dreh- und Angelpunkt bei diesem Sachverhalt.

Herr Hopfgarten verfolgt diese Diskussion seit 1 ½ Jahren. Durch diese Diskussion und deren Dauer gerät das Wesentliche aus dem Auge. Die Förderschullandschaft ist überdimensioniert, das kostet die Stadt viel Geld. Er hat großes Verständnis für den Kampf der Elternschaft, er würde als Elternteil auch so kämpfen. Aber es geht darum, dass die Jägerplatzschule erhalten bleiben soll. Das kann nicht die Aufgabe des Bildungsausschusses sein. Es entsteht der Eindruck, dass manche Stadträte gegen die Verwaltung kämpfen wollen. Es geht darum die Schullandschaft anzupassen. Die Stadt ist in der Situation, dass sich die Stadt diese Schullandschaft nicht mehr leisten kann. Es sollte nicht darauf gedrängt werden, dass eine bestimmte Schule geschlossen wird.

Herr Bauersfeld bemerkt, dass die Kombination aus allen Punkten zu dem großen Unbehagen führt. Bis zum Auszug war nicht von einer Bestandsgefährdung die Rede, welche jetzt auf einmal relevant ist. Der Bildungsausschuss musste schon viele Schulen schließen. Bei den Förderschulen gibt es das Problem der Pestalozzischule, die nicht genügend ausgelastet ist, um wirtschaftlich zu arbeiten. Damals war es an der Zeit, das Problem der Förderschulen als Gesamtheit anzufassen, es wurde nicht gemacht. Es wäre sinnvoll, die gesamte Förderlandschaft ergebnisoffen zu diskutieren. Es wäre vielleicht auch ein Ringtausch verschiedener Schulen/Schulformen möglich. Das Gebäude am Jägerplatz soll auch weiterhin schulisch genutzt werden. Welche Nutzung ist geplant? Wie kann es sein, dass eine freie Schule in einem besseren städtischen Gebäude ist, wie eine städtische Schule (Beispiel GS Trotha/Riesenklein).

Herr Trömel: Die Verwaltung hat die eigene Beschlussvorlage zu allen Förderschulen zurückgezogen. Er ist der Meinung, bei Lernbehinderten ist es besser in kleineren Schulen und kleineren Klassen zu arbeiten. Die Förderschule Pestalozzi sollte gesichert werden. Der Stadtrat hat bereits bei der Vergabe als PPP-Objekt gewarnt – es wären verschiedene Varianten möglich gewesen, das ist nicht passiert, die Vorlage wurde einfach zurückgezogen.

Herr Paulsen wird nicht blind den Vorschlägen folgen. Es gibt auch Möglichkeiten im engen Finanzrahmen, wie es hätte realisiert werden können. Auch das Geld für die Beraterverträge bei PPP hätte man sinnvoller einsetzen können. Er bittet, die Argumente zu überprüfen. Seine Fraktion möchte eine Gesamtbetrachtung. Herr Paulsen stellt einen Geschäftsordnungsantrag, die Diskussion abzubrechen.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen	10
Nein-Stimmen	-
Enthaltungen	1

Herr Kogge fasst zusammen - ein Teil der Stadträte ist der Meinung, alle Förderschulen sollen auf den Prüfstand. Er bietet an, die Punkte zu bedenken, die zur Änderung geführt haben. Wie können Schulen angefasst werden, die über 90 Kinder haben? Er bittet die Schwierigkeiten bei dem Beschluss Schließen oder nicht Schließen zu bedenken und verweist auf den Widerspruch.

Abstimmungsergebnis: Schließung Jägerplatz

Ja- Stimmen	-
Nein-Stimmen	6
Enthaltungen	5

- einstimmig abgelehnt

Bezugsbeschlüsse:

- Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 (Beschluss Nr. V/2009/08287 vom 27.01.2010)
- Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2010/11 (Beschluss Nr. V/2009/08549 vom 24.02.2010).

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.08.2009, § 44 Abs. 3, Ziff. 9 und 24 in Verbindung mit dem Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt in der Fassung des 12. Änderungsgesetzes vom 14.07.2009, § 22 und der Verordnung zur Schulentwicklungsplanung vom 22.09.2008, § 4 Abs. 8 und § 7 Abs. 5 die **Schließung der Förderschule am Jägerplatz zum Schuljahr 2011/12.**

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Sachkundigen Einwohners im Bildungsausschuss, Thomas Senger, zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung Vorlage: V/2010/09267

Herr Paulsen fragt nach seiner Anfrage vom Dezember.

Herr Kogge sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Senger gibt noch einige Erklärungen zum Antrag zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung ab.

Frau Raab war nach dem letzten BA verwirrt, über die verschiedenen Auslegungen. Ihre Fraktion ist der Meinung, dass Bedürftigkeit nachgewiesen werden muss, wenn eine Leistung eingefordert wird.

Herr Schachtschneider könnte sich dem Antrag anschließen, wenn die Bedürftigkeit der besonderen Beförderung nachgewiesen wird.

Herr Kogge erklärt, dass nach der Satzung ein amtsärztliches Gutachten erforderlich ist. Im Minimalfall sind es 63 Schüler, die befördert werden müssten. Es gibt jedoch auch einen Maximalfall.

Herr Senger ist niemals von einem Minimum ausgegangen. Er ist der Meinung, dass eine individuelle Beförderung möglich ist, wenn diese angezeigt wird, im Bereich der geistig- und körperlich Behinderten ist das so möglich. Das sollte seiner Meinung nach auf den Bereich der Lernbehinderten übertragen werden.

Herr Zschocke sagt, dass die 63 Schüler nur Schüler der 1. und 2. Klassen der Lernbehinderten-Schule sind. Für diese belaufen sich die Kosten auf ca. 2.000 €/Schüler. Die Aussage von Herrn Senger ist nicht richtig, denn auch die GB-Schüler müssen, wenn nicht in Besitz eines Behinderten-Ausweises sind, einen Nachweis erbringen, dass sie diesen erhalten.

Herr Paulsen kann mit dem Antrag leben, aber die Nachweispflicht muss bestehen bleiben, Herr Paulsen kann mit der Ausreichung der Antwort zum heutigen Zeitpunkt nicht mitgehen.

Herr Senger fragte, wie viele Anträge auf individuelle Beförderung liegen vor.

Herr Zschocke antwortete, dass knapp 100 Anträge vorlagen.

Herr Senger ist der Meinung, dass 100 % der Anträge bewilligt wurden, weil jetzt dieser Personenkreis ebenfalls befördert wird.

Herr Zschocke erklärt, dass diese 63 Kinder mit Jahreskarte und nicht individuell befördert werden. Weiterhin informiert Herr Zschocke, dass ein amtsärztliches Gutachten 12,80 € kostet.

Frau Stahs erklärt, dass ihr die Schülerbeförderung seit langem ein Dorn im Auge ist. Sie hat selbst 2 Kinder und musste auf Grund der Entfernung immer die Schülerjahreskarte kaufen. Sie ist der Meinung, dass die Familien entsprechend des Einkommens an der Beförderung beteiligt werden könnten.

Herr Paulsen hat kein Interesse daran, dass dieser Antrag noch bis März „rumdümpelt“ und schlägt vor, dass heute die 1. Lesung und im Februar die 2. Lesung stattfinden sollte.

Herr Senger erklärt, dass Kinder im GS-Bereich ab 2 km mit Jahreskarte ausgestattet werden, und erklärt nochmals, dass es in seinem Antrag lediglich um die ersten beiden Schuljahre geht.

Herr Dr. Diaby vertritt die Meinung, dass der Grundsatz nach wie vor die Bedeutung des amtsärztlichen Gutachtens ist.

Herr Schachtschneider fragt, ob der Antrag auf die nächste Sitzung geschoben werden soll.

Herr Kogge erklärt, dass eine Kontrolle gegeben sein muss, denn es handelt sich um eine soziale Leistung. Diese ist nachweispflichtig. Er findet den Kompromiss der CDU gut, das Gutachten zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Zur Klarstellung der Beförderungsregeln für SchülerInnen mit Behinderungen und FörderschülerInnen werden im § 3 der Schülerbeförderungssatzung der Stadt Halle (Saale) die Absätze 1 bis 3 geändert und erhalten folgende neue Fassung:

§3 Beförderung von Schülern mit Behinderung / Förderschüler

- (1) Ist eine Beförderung von Schülern mit Behinderung durch den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nicht möglich, ist die gesonderte Beförderung mit anderen Verkehrsmitteln durch die Stadt Halle gemäß § 71 Abs. 6 SG LSA sicherzustellen.
- (2) Förderschüler der allgemeinbildenden Schulen sowie der Förderschulen unter Berücksichtigung der **Mindestentfernung** der Schulwege nach § 2 **Abs. 1 Buchstabe a** und **Abs. 2 Buchstabe a dieser Satzung**, erhalten eine gesonderte Beförderung für den Zeitraum von 2 Schuljahren ab dem **erstmaligen Schuleintritt (Einschulung)**. **Der/die Erziehungsberechtigte/n des anspruchsberechtigten Kindes kann/können diese gesonderte Beförderung ablehnen. Der Anspruch geht dabei nicht verloren.** Ab dem 3. Jahr nach dem **erstmaligen Schuleintritt (Einschulung)** haben die Erziehungsberechtigten die Notwendigkeit einer gesonderten Beförderung mit Hilfe eines amtsärztlichen Gutachtens nachzuweisen. Soweit die Notwendigkeit fortbesteht, kann bei Eintritt in ein nachfolgendes Schuljahr ein erneutes amtsärztliches Gutachten vom Schulverwaltungsamt gefordert werden.
- (3) Für alle Schüler die nicht unter Abs. 1 und 2 berücksichtigt werden, ist die Beförderung jeweils mindestens sechs Wochen vor Beendigung des laufenden Schuljahres unter Vorlage eines amtsärztlichen Gutachtens von den Erziehungsberechtigten beim Schulverwaltungsamt der Stadt zu beantragen. Für den Fall des Neubeginns der Beförderung ist sofort, nach Vorlage des amtsärztlichen Gutachtens, die gesonderte Beförderung zu beantragen.

Absatz 4 bleibt unverändert

zu 5.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Weiterführung des "Lokalen Aktionsplanes Halle - Hallianz für Vielfalt"
Vorlage: V/2010/09091

Abstimmungsergebnis:

Antrag wurde zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Zur Weiterführung des „Lokalen Aktionsplanes Halle – Hallianz für Vielfalt“ beschließt der Stadtrat:

1. Die Einrichtung eines Projektfonds von mindestens 20.000 Euro ab 2011.
2. Die Benennung eines Ansprechpartners in der Stadtverwaltung für die Koordinierung lokaler Strategien zur Rechtsextremismusprävention und Demokratieentwicklung.
3. Die jährliche Berichterstattung zur Erfüllung des „Lokalen Aktionsplanes“ im Stadtrat.

**zu 5.2.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Weiterführung des "Lokalen Aktionsplans Halle- Hallianz für Vielfalt"
Vorlage: V/2010/09303**

Abstimmungsergebnis:

Antrag wurde zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Text des Antrages wird geändert in:

Zur Weiterführung des „Lokalen Aktionsplans Halle- Hallianz für Vielfalt“ beschließt der Stadtrat:

1. Die Stadt Halle (Saale) beteiligt sich an der Ausschreibung des Programms zur Sicherung der Nachhaltigkeit der integrierten, lokalen Strategie der bestehenden lokalen Aktionspläne im Rahmen des Programms „VIELFALT TUT GUT“.
2. In der Stadtverwaltung wird eine Stelle mit 20 Stunden eingerichtet, die für die Koordinierung der Aktionspläne und die Sicherstellung der Nachhaltigkeit verantwortlich ist.
3. 1x jährlich erfolgt eine Berichterstattung im Präventionsrat.

**zu 5.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage einer überarbeiteten Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung in der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2011/12
Vorlage: V/2010/09361**

Herr Paulsen findet die Fortschreibung unzureichend und möchte eine Fortschreibung, die sich auf alle Schulformen bezieht. Es gibt Schulen, die in den nächsten Jahren „überlaufen“ werden. Er möchte Zahlen für alle Schulformen. Der Antrag müsste in der Sitzung im März 2011 behandelt werden.

Herr Trömel ist der Meinung, dass auch die Zahlen des gemeinsamen Unterrichts berücksichtigt werden müssten.

Herr Schachtschneider hat Problem mit der Formulierung. Er möchte die 4 Gymnasien nicht wieder anfassen, da dort jetzt Ruhe eingekehrt ist. Es sollte nur über die Probleme geredet werden, nicht über stabile Schulen.

Herr Paulsen möchte sehen, ob der Trend richtig ist. Aus diesem Grund benötigt er umfangreiches Zahlenmaterial. Es sollte kein Beschluss gefasst werden, der nur die Förderschulen beinhaltet.

Herr Kneissl fehlen Aussagen zur Bestandsfähigkeit der Gesamtschulen.

Herr Paulsen bemängelt, dass die Stadtverwaltung nur Stellungnahmen macht, zu Problemen die geäußert werden.

Herr Kogge äußert, dass er jetzt keine Stellung zu den Gesamtschulen nehmen wird, da es gerade Fördermittel für eine Gesamtschule gibt. Herr Kogge würde ungern an sichere Schulen ran, die Planung muss dabei nicht angefasst werden, die Zahlen sind kein Problem. Bis 2013/14 wird es keine größere Veränderung geben.

Herr Paulsen möchte keine Unruhe in die Gesamtschulen bringen. Die Aussage, keine weitere Kooperation bei der gymn. Oberstufe könnte Auswirkung auf die Gesamtschulen haben.

Frau Dr. Bergner empfindet das als zu umfangreich. Es sollte sich damit beschäftigt werden, was wirklich wichtig ist, nämlich die Förderschullandschaft und die Auflagen des Landesverwaltungsamtes.

Herr Dr. Diaby ist von der Notwendigkeit des Antrages nicht überzeugt, dieser ist zu umfangreich.

Frau Raab ist der Meinung, dass die langfristige SEPI von der Realität eingeholt wurde. Das sollte nicht auf die lange Bank geschoben werden. Es muss nicht alles in einer Sitzung abgehandelt werden, es könnte in einen Themenspeicher eingehen, aber das Zahlenmaterial wird selbstverständlich sofort benötigt. Es ist an der Zeit, diese Entscheidungen zu treffen.

Herr Paulsen versteht die SPD nicht, dass jetzt nur die Förderschullandschaft angefasst werden soll. Er versteht nicht, dass die SPD keinen Bedarf sieht.

Herr Kogge erklärt, es ist eine Situation, die vorhandenen Zahlen zusammenzutragen. Das ist jedoch bis März so nicht machbar. Eine endgültige Aussage ist jetzt nicht machbar, er würde das besser hinten sehen. Der zweite Punkt sind die Sekundarschulen. Er ist sich nicht sicher, ob die Zahlen bleiben, der Gymnasialbereich ist ok. Er stellt die Schwierigkeiten mit dem Brandschutz vor. An Themen für den Themenspeicher würde es nicht mangeln, wir würden jedoch mehr Menschen verunsichern. Das Thema ist bis März nicht machbar.

Herr Schachtschneider fragt den Antragsteller, ob das Datum von März bis September geändert werden kann.

Herr Paulsen lehnt das ab.

Herr Schachtschneider hat ein Problem mit dem Vorschlag von Frau Raab, Anträge über Monate hinziehen und stückeln.

Frau Dr. Bergner hält den Termin März für unverantwortlich. Sie möchte nicht, dass sich die Stadtverwaltung jetzt ausschließlich mit der Zusammenstellung des Zahlenmaterials beschäftigt und dadurch blockiert ist, an den Auflagen des LVWA sollte jedoch sofort gearbeitet werden

Herr Schachtschneider stellt einen Änderungsantrag: Die Verwaltung soll das Zahlenmaterial im September 2011 vorlegen.

zu 5.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene"
Vorlage: V/2010/09362

Herr Paulsen informiert, dass die Oberbürgermeisterin der Meinung war, dass dieser Antrag durch alle Ausschüsse muss. Sie erachtet den Antrag als wichtig.

Frau Raab fragt die Stadtverwaltung was aus den Beitritten der Stadt zu verschiedenen Netzwerken in den letzten Jahren geworden ist, welche Ergebnisse liegen vor, was hat sich geändert? Sie möchte wissen, was an dem Antrag so besonders wichtig ist.

Herr Dr. Diaby findet den Antrag grundsätzlich auch wichtig und möchte wissen, ob Magdeburg ist beigetreten ist, er hat gehört, dass da keine Kommune aus den neuen Bundesländern beigetreten ist.

Herr Dr. Diaby möchte weiterhin wissen welche Bedingungen daran geknüpft sind und welche Verpflichtungen auf die Stadt zukommen?

Herr Kogge hält das für wichtige Fragen, die gern schriftlich beantwortet werden. Das wird jedoch einige Zeit in Anspruch nehmen. Er hält nichts davon, die Städte einfach zu vergleichen. Herr Kogge bittet um eine konkrete Fragestellung.

Herr Bauersfeld meint, dass die Stadt auch in der Vergangenheit vielen solchen Netzwerken u.a. beigetreten ist. Er hat jedoch auch keine Auswirkungen für die Stadt feststellen können und wüsste gern, was für die Stadt dabei herauskommen soll, ein Blick in das Grundgesetz würde bei diesem Thema eigentlich genügen.

Frau Raab ist der Meinung, bevor wir dort beitreten, sollten wir uns über den Nutzen im Klaren sein und stellt diese Sachen grundsätzlich in Frage. sie fragt nach den anderen Netzwerken und Zirkeln, denen die Stadt beigetreten ist. Weiterhin interessieren Sie die Kosten für die Stadt. Frau Raab beantragt die Vertagung des Antrages.

Geschäftsordnungsantrag Vertagung durch **Frau Raab**

Herr Paulsen ist erstaunt, dass es hier wenig Unterstützung für die Gleichstellung gibt. Der Antrag enthält keine finanziellen Verpflichtungen und er bittet um Abstimmung des Antrages.

Herr Paulsen und **Herr Bau** verlassen um 19:45 Uhr die Ausschusssitzung.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt den Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, den Beitritt der Stadt Halle (Saale) durch die Unterzeichnung der Urkunde zur Charta beim Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) zu bekunden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb der nächsten zwei Jahre einen Gleichstellungs-Aktionsplan zu erstellen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen, sowie regelmäßig über den Entwicklungsstand im Sozial, Gesundheit- und Gleichstellungsausschuss zu berichten.

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Umsetzung Konjunkturpaket II

Herr Hildebrand informiert über den Stand des KII-Programmes, welches weitestgehend planmäßig läuft. Lediglich bei der Fassade des Wolff-Gymnasiums gibt es witterungsbedingte Zeitprobleme. Im 14-tägigen Rhythmus gibt es eine KII-Beratung, auf der aktuelle Probleme (z.Z. Büschdorf) angesprochen werden.

Herr Hildebrand teilt weiterhin mit, dass mit Wirkung vom 1.1.2011 Frau Dr. Radig die Funktion der Ressortleiterin SVA übernommen hat. Sie füllt damit die Lücke, die die Umsetzung von Herrn Zschocke in den Bereich der Planung gerissen hat.

Herr Senger informiert, dass im Bereich von Schulen die Beleuchtung nicht ausreichend ist und möchte wissen, ob es möglich ist, diese Beleuchtung wieder einzuschalten.

Herr Zschocke informiert über die Thematik der Schulwegprobleme. Das Schulverwaltungsamt wird nicht automatisch über solche Fälle informiert. Die Schulleiter wurden schriftliche gebeten, diese besonderen Vorkommnisse, dem Schulverwaltungsamt formlos mitzuteilen.

Herr Hildebrand informiert über Brand in IGS. Der Dachstuhl wurde am 10.1.2011 geschlossen und es wird keine Einschränkungen im Unterricht geben, die Versicherung ist in erster Rate in Vorleistung getreten.

Herr Kogge informiert, dass die GS Riesenklein hat angezeigt hat, dass sie eine weiterführenden Schule (IGS) ins Leben rufen möchte. Ebenso gibt es Hinweise der Landkreise, dass sie eigene Förderschulen aufbauen wollen. Es wird aus diesen Gründen eine größere Veränderung in der Schullandschaft geben. Die Schulnetzplanung und die Sozialplanung wurden zusammengelegt, um die Zahlen, die wir brauchen, schneller bekommen. Er dankt allen Beteiligten.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Marquardt: möchte zunächst wissen, welche Aussagen es konkret von den Landkreisen zur Neugründung von Förderschulen gibt.

Herr Marquardt fragt sodann nach der seit November ausstehenden Antwort auf seine Anfrage zur Neugründung einer Internationalen Schule in Halle nach. Zudem bittet er um die Beantwortung seiner im Vorfeld per Email schon zugearbeiteten Fragen zum „Wirtschaftlichkeitsgutachten zur Sanierung und Bewirtschaftung der Integrierten Gesamtschule Halle, GS Heiderand und SKS Johann Christian Reil“.

Herr Hildebrand antwortet:

1. Thema Internationale Schule

Hierzu gibt es einen breitgefächerten Arbeitsstand. Diese Thematik findet unter Regie von Herrn Neumann statt. Herr Neumann wird einen aktuellen Stand im nächsten BA bekannt geben.

2. Thema EFRE-Fördervorhaben

Diese Fragen wurden detailliert im Bau- und Vergabeausschuss gestellt, die konkrete Antwort wird dem Protokoll angehängt

Herr Marquardt **Herr Marquardt** bemängelt, dass das Gutachten beim privaten Betreiber für den Bau sog. projektspezifische Anpassungen vorsieht (z.B. Pumpen anstelle von Zisternen), während das bei der öffentlichen Maßnahme nicht geschieht. Die baulichen Änderungen gegenüber der öffentlichen Variante schlagen sich sodann auch noch im Betrieb zugunsten des privaten Betreibers nieder. Er möchte wissen, ob die private Billig-Variante mit den Schuldirektoren abgestimmt wurde.

Herr Senger fragt nach:

Welche Möglichkeiten gibt es bei der Beleuchtung?

Wie weit ist es mit der Franzigmark?

Gab es Intentionen der Stadt an das LVwA zur Zusammenlegung der gymn. Oberstufe der Gesamtschulen?

Herr Dr. Diaby fragt nach, ob es beispielsweise für die GS Frohe Zukunft möglich ist, andere Fördermittel zu erhalten.

Herr Kogge antwortet, dass der Antrag für EFRE-Mittel für die GS Frohe Zukunft gestellt wurde, dieser wurde jedoch abgelehnt. Das bessere Grundstück/Haus ist an eine freie Schule vermietet und ist rechtskräftig gekündigt. Es gibt Schulen, die wir standortsicher machen müssen und andererseits haben wir Schulen, die nicht planungssicher sind. Die

Gesamtschülerzahl wird besser. Die Frohe Zukunft ist planungssicher und wird in den Plan aufgenommen.

Frau Dr. Bergner fragt nach der künftigen Planung für das Planetarium.

Herr Kogge antwortet, dass es eine Auswertung Hochwasser geben wird. Es ist eine Konzentration verschiedener Angebote an einem Ort geben sollte, als Standort wäre die Saline denkbar. Er steht zum Planetarium, denn wer die Sterne begreifen will, braucht das Planetarium.

Herr Trömel fragt nach dem Zusammenhang Riesenklein/Diesterweg, bittet um Information über die Vorstellungen zur Glauchaschule.

Herr Kogge erklärt, dass die GS Diesterweg natürlich das sanierte Gebäude erhält und die GS Riesenklein für das VHS-Gebäude ein Angebot erhalten hat. Er erklärt die Notwendigkeit des Aktivierens der Glauchaschule, damit es keine 8-zügige Grundschule Johannes geben wird.

Herr Bauersfeld fragt nach der Technik/Neuanschaffung für das Planetarium.

Herr Kogge ist der Meinung, wenn man sich für das Planetarium entscheidet, muss man auch Geld reinstecken, die Technik wäre ja museumsreif.

Frau Dr. Bergner verlässt um 20:05 Uhr die Sitzung

Herr Senger fragt zu den 3 Schulen (IGS, SEK Reil, GS Heiderand), die saniert werden.

Herr Hildebrand erklärt, dass klar definiert ist, wie die Instandhaltungszyklen angeordnet sind und dass diese Schulen in 20 Jahren auch noch in Schuss sind. Die Raumkonzepte sind mit den Schulleitern abgestimmt.

Herr Senger fragt, ob es richtig ist, dass Schäden (Vandalismus) durch die Stadt bezahlt werden.

Herr Hildebrand antwortet, dass Vandalismusschäden ab der Schadenshöhe von ca. 3 T€ pro Schule durch die Stadt bezahlt werden, Bauschäden müssen vom Bewirtschafter bezahlt werden.

Herr Bauersfeld möchte wissen, ob die Unterlagen des ZGM den anderen Firmen vorlagen. Ebenso möchte er wissen, warum wird im städtischen Sektor/ZGM nicht genau so gearbeitet, wie bei PPP oder Lebenszyklus.

Herr Kogge macht deutlich, die Wirtschaftlichkeitsvergleiche sind nach einem gewissen Standard aufzustellen. Bei Lebenszyklus gibt es eine begleitende Planung, diese ist effizienter. Bei der Betreuung müssten alle Kosten mit drin sein. Die öffentliche Hand ist mit den Kosten nicht vergleichbar, wegen des Tariflohnes.

Herr Marquardt bemängelt die Kosteneinsparung z. B. Rausrechnung der Zisterne und möchte wissen, was passiert, wenn die Billigvariante durch die Privaten gebaut wird.

Herr Hildebrand antwortet, dass Herr Paschkowski die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht kennt, jedoch gibt es von ihm abgezeichnete Unterlagen zu den Räumen.

Frau Stahs ist Lehrerin an der BbS V, der SL wünscht sich eine barrierefreie Schule, die Schule ist nicht sicher gegen Amokläufe (Türknaufe).

Herr Hildebrand antwortet, dass es klare Vorschriften gibt. Die Knaufe sind nicht realisierbar, es müssen Türklinken sein (Brandschutz), wegen der Barrierefreiheit - da hat der Denkmalschutz hat gesiegt und es gab eine Ausnahmegenehmigung.

Herr Kogge erklärt, dass es jetzt eine kompromisslose Umsetzung der Barrierefreiheit gibt, dadurch gehen im KBZ gehen sogar 4 Räume verloren.

zu 9 Anregungen

Herr Dr. Diaby regt an, eine der nächsten Sitzungen in einer Förderschule durchführen. Ebenfalls bittet er, die Niederschrift demnächst wieder früher zu erhalten.

Herr Senger bemängelt die Unvollständigkeit seiner Aussagen in den Protokollen, diese nützen nur, wenn er sich vollständig wiederfindet.

Für die Richtigkeit:

Datum: 07.10.11

Jürgen Zschocke
Protokollführer

Andreas Schachtschneider
Ausschussvorsitzender